

Sachdokumentation:

Signatur: DS 758

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/758



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Zusammenfassung der VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 2016

Autoren: Georg Lutz und Florence Lebert, FORS, unter Mitarbeit von Daniel Kübler und Thomas Milic, ZDA Aarau, und Oliver Lipps, FORS

Lausanne, Aarau 19.01.2017

Atomausstiegsinitiative: Nein trotz klarer Ablehnung der Atomkraft

Die Atomausstiegsinitiative spaltete die Schweiz in zwei Lager mit sehr unterschiedlichen Motiven. Bei den Gegnerinnen und Gegnern war es in erster Linie der durch die Initiative vorgegebene Zeitplan, der zu einem Nein führte. Bei den Befürwortenden standen Sicherheitsbedenken und die Kritik an der Atomenergie generell an vorderster Stelle. Die Ablehnung der Initiative kam zustande, obwohl insgesamt eine klare Mehrheit der Stimmenden gegen Atomenergie ist. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'578 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 27. November 2016. Die Studie wurde von FORS, dem ZDA Aarau und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Zweifel über den von der Initiative vorgegebenen Zeitplan zum Atomausstieg führten am 27. November 2016 zu einem *Nein* zur Atomausstiegsinitiative. Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative gaben dies als häufigstes Motiv für ihren Entscheid an. 82% unter ihnen stimmten dem Argument zu, der Zeitplan der Initiative sei unrealistisch und schiesse über das Ziel hinaus. Weiter spielte die Angst vor Lücken in der Stromversorgung eine Rolle für die Ablehnung.

Das *Nein* ist dennoch bemerkenswert, weil die Atomenergie im Allgemeinen auf breite Ablehnung stösst. Insgesamt 76% der Stimmenden sagten, sie seien für eine Schweiz ohne Atomenergie. Selbst 63% der Nein-Stimmenden wie auch die Mehrheit der Sympathisierenden aller Parteien gaben an, sie seien gegen Atomenergie.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative nannten Sicherheitsbedenken und die grundsätzliche Haltung gegen die Atomenergie als Hauptmotive für ihr *Ja*. Die Sicherheitsfrage spaltete die Stimmenden fundamental: 85% der Initiativbefürwortenden meinten, die Initiative führe zu mehr Sicherheit. Bei den Gegnerinnen und Gegnern waren es 25%. Weiter wurde als Motiv für die Zustimmung die ungelöste Frage der Entsorgung des Atommülls genannt – ein Argument, das während der Kampagne kaum zu hören war.

Beim Entscheid zur Atomausstiegsinitiative ist ein deutlicher Links-Rechts-Gegensatz erkennbar. Fast alle Sympathisierenden der GPS waren für die Initiative und bei der SP und der GLP waren es immer noch 70%. Bei der FDP und der SVP legten hingegen nur 20% ein *Ja* in die Urne. Eher für die Initiative waren Personen unter 50 Jahren und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss.

Zitierweise: Georg Lutz und Florence Lebert (2017). VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 2016. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Die Abstimmungsvorlage

An der Abstimmung vom 27. November 2016 hatte das Schweizer Stimmvolk über eine einzige Vorlage zu befinden: die von der Grünen Partei Schweiz 2011 lancierte und 2012 eingereichte Initiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“. Diese Initiative wurde mit einem Nein-Stimmenanteil von 54% verworfen.